

Präsident Bush und die Doha Runde: Der Kaiser ist nackt

Lori Wallach*

Direktorin von Global Trade Watch bei der US NGO Public Citizen

veröffentlicht am 14. Juli 2008 in Business Daily/Südafrika

In Washington wurde die Ankündigung, die WTO würde am 21. Juli eine Ministerkonferenz über die Doha Runde abhalten, von vielen mit größter Verwunderung aufgenommen. Seitdem vor einem Jahr die Vollmacht für Handelsverträge im vereinfachten Verfahren ("Fast Track Trade Authority") abgelaufen ist, hat die Bush-Regierung keine Befugnis mehr, bindende Handelsvereinbarungen einzugehen.

In den Monaten vor dem Ablauf von "Fast Track" wiesen US- und WTO-Beamte darauf hin, dass ein Durchbruch bei der WTO erreicht werden muss bevor Bush die Vollmacht verliert. Nachdem der Termin abgelaufen war, änderten Sie den Ton um die Verhandlungen am Leben zu erhalten. Jedoch, die Verfassung der USA verleiht dem Kongress die alleinige Vollmacht "den Handel mit anderen Staaten zu regulieren" und "Zölle und Abgaben festzulegen und einzunehmen". Das heißt, ein Präsident mag Verhandlungen führen, aber an Handelsvereinbarungen können die Vereinigten Staaten nur durch eine Abstimmung im Kongress gebunden werden. "Fast Track" war ein unübliches Verfahren, das dem Präsidenten erlaubte Vereinbarungen einzugehen, bevor der Kongress darüber entschieden hatte und dessen Zustimmung innerhalb einer festgelegten Frist nachträglich einzuholen.

Die Chancen, dass der Kongress Präsident Bush mit einer neuen "Fast Track"-Vollmacht ausstatten wird stehen bei null. Die führenden Kongressabgeordneten haben ausdrücklich schriftlich erklärt, dass sie keine weitere "Fast Track"-Vollmacht für Bush unterstützen werden. Tatsächlich hat Bush seine frühere "Fast-Track"-Vollmacht in einem solchen Maße missbraucht, dass der Kongress im April seine verfassungsmäßige Hoheit wieder geltend machte und noch bestehende Vollmachten aufhob, die sich auf ein bereits vor Ablauf von "Fast Track" unterzeichnetes Freihandelsabkommen mit Kolumbien bezogen.

Selbst wenn der Kongress gewillt wäre, den Präsidenten zu bevollmächtigen, so verbleiben nur noch 24 Arbeitstage bis zur Sitzungs-Unterbrechung am 26 September. Führende Abgeordnete haben mehrfach erklärt, dass es keine Sitzung "lahmer Enten" nach den Wahlen geben werde. Die Arbeit wird im Januar 2009 mit einem neuen Kongress und einem neuen Präsidenten wieder aufgenommen.

Darüber hinaus kann man sich an dieser Stelle nicht darauf verlassen, dass die US-Positionen in der Doha Runde dem entsprechen, was im Kongress politisch durchsetzbar ist. Bush versucht verzweifelt, seine traurige Hinterlassenschaft mit der Verkündung eines Doha-Durchbruchs aufzubessern. Gleichzeitig trägt er null Verantwortung dafür sicherzustellen, dass eine solche Vereinbarung durch den Kongress geht.

Die jetzige Situation wurde fälschlich mit den Verhandlungen zur Uruguay Runde 1992 durch den ersten Präsidenten Bush verglichen. Im Gegensatz zu seinem Sohn, hatte Bush I. "Fast Track"-Vollmacht als er dem "Blair House"-Vorschlag für Agrarhandel zustimmte. Präsident Clinton übernahm das Amt noch mit dem selben "Fast-Track"-Mandat und konnte so ein weiteres Jahr lang Verhandlungen bis zu einem Abschluss im November 1993 führen, der dann 1994 im "Fast-Track"-Verfahren vom Kongress verabschiedet wurde.

Länder die jetzt im Vertrauen auf die Versprechungen der Bush-Regierung Zugeständnisse machen, werden mit größter Wahrscheinlichkeit mit zusätzlichen oder anderen Forderungen konfrontiert werden, wenn ein neuer Präsident verantwortlich dafür ist, eine Vereinbarung zu treffen, die im Kongress angenommen werden kann. Auf die Hinterlassenschaft, anstatt auf die Durchführbarkeit zu schauen, war genau das Vorgehen der Bush-Regierung vor einem Jahr bei einer Handelsvereinbarung mit Korea. In dem Fall unterzeichnete die Regierung ein Freihandelsabkommen mit Korea, wissend, dass dieses im Kongress nicht durchsetzbar war, nur um Minuten vor Ablauf der "Fast Track"-Vollmacht den Abschluss der Verhandlungen verkünden zu können.

Am offensichtlichsten wird die Unglaubwürdigkeit der Bush-Regierung beim Agrarhandel. US-Verhandlungsführer machen Angebote, die im direkten Widerspruch zum kürzlich verabschiedeten US-Landwirtschaftsgesetz stehen. Bush's Beamte in Genf sagen, "ignoriert den 500 Pfund Gorilla im Raum". Europäische Beamte sagen, die Doha Runde würde erst umgesetzt werden, nachdem dieses Landwirtschaftsgesetz ausgelaufen sei. Diese Erklärungen sind bestenfalls irreführend. Erstens bestimmt das neue Landwirtschaftsgesetz die US-Politik für die nächsten fünf Jahre. Vor allem findet diese Gesetzgebung bei Demokraten und Republikanern gleichermaßen so hohe Unterstützung, dass der Kongress Bush's Veto gegen die Inkraftsetzung mit mehr als Zweidrittelmehrheit überstimmte – zweimal! Dennoch legt die Bush-Regierung ständig Köder aus – zum Beispiel was die Höhe der Subventionen angeht – von denen sie weiß, dass sie im Kongress nicht akzeptiert werden könnten.

Viele US-Handelsvereinbarungen wurden ohne "Fast Track"-Vollmacht abgeschlossen – mehr als hundert während Clintons Amtszeit. Aber wenn der Präsident ohne irgendeine Form von Vollmacht durch den Kongress Verträge aushandelt, werden die Einzelheiten des Abkommens erst nach der Zustimmung durch den Kongress festgenagelt. Eine Vereinbarung im normalen Verfahren durchzubringen setzt voraus, dass deren Inhalt breite Unterstützung findet. Angesichts dessen ist nicht nur das Landwirtschaftsgesetz interessant. Es haben sich auch einige republikanische Senatoren (die ansonsten eine Vereinbarung im Interesse der Konzerne unterstützen würden) wegen bestimmter Anti-Dumping Regeln mit Demokraten zusammengetan. Außerdem gibt es direkte Opposition gegen jede neue Vereinbarung zu Dienstleistungen, die grenzüberschreitenden Personenverkehr einschließen würde (GATS-Mode 4).

Die politische und rechtliche Situation sieht so aus, dass die USA erst nach Amtsantritt des neuen Präsidenten in der Lage sein werden, auf ehrliche Weise an Verhandlungen zur Doha Runde teilzunehmen. Und da es eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür gibt, dass Barack Obama der nächste Präsident sein könnte, ist dies möglicherweise eine gute Nachricht für Entwicklungsländer in der WTO. Ein demokratischer Präsident wird mehr Wert auf die Aufrechterhaltung staatlichen Handlungsspielraums legen und daher offener auf gegenseitige Forderungen nach Flexibilität eingehen. Und ein Präsident Obama wird sich darauf konzentrieren, den von Bush so schrecklich beschädigten Ruf der US in der Welt wieder aufzubauen.

Warum scheinen dann die Mitgliedstaaten dieser Mini-Ministerkonferenz der WTO so bereitwillig zuzustimmen? Die Antworten, die ich von den WTO-Verhandlungsführern anderer Länder erhalten habe, lauten einheitlich: Sie wissen um die Situation der USA und um die erheblichen Gefahren bei Fortsetzung der Verhandlungen. Aber kein Land will dafür beschuldigt werden, dieses Thema aufgebracht zu haben. Darum erlauben Sie mir das Offensichtliche öffentlich zu erklären und lassen sie die Schuld dafür hierher zurück nach Washington kommen: Der Kaiser ist nackt!

* Lori Wallach ist Rechtsanwältin mit einem Abschluss der Harvard Universität, sie leitet Global Trade Watch, die Abteilung für Welthandel von Public Citizen, einer gemeinnützigen Organisation in Washington D.C. Wallach hat über NAFTA, GATT, WTO und andere Handelsthemen vor unzähligen Komitees des US-Kongress ausgesagt, sowie vor vielen anderen Gesetzgebungsorganen, der US International Trade Commission und dem Büro des US Handelsbeauftragten. Wallach hat Handelsfragen bei CNN, BBC, ABC, Bloomberg TV, CNBC und vielen internationalen Medien kommentiert. Sie ist Co-Autorin von "Whose Trade Organisation? A Comprehensive Guide to the WTO" ("Wessen Handelsorganisation? Eine umfassende Einführung in die WTO", The New Press 2004)